

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat der russische Präsident den Mainstream der europäischen Politik im Westen trotz allem noch immer nicht an Verstehern, nicht nur unter den Mächtigen, sondern auch in o

Eine Sehnsucht namens Putin

Ulrich M. Schmid



Der Professor für Osteuropa-studien an der Universität St. Gallen ist regelmässiger Autor der «Neuen Zürcher Zeitung». Jüngst hat er das Buch «Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukraine-krieg. Besichtigung einer Epoche» herausgegeben.

Es ist die Zeit der Verbiegungen. Zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine mag sich kaum eine Politikerin oder ein Politiker in Europa Wladimir Putin an den Hals werfen. Und dennoch bleibt die Anziehungskraft des russischen Staatschefs auf rechte und linke Populisten. «Man muss Putin nicht trauen», sagt Sahra Wagenknecht, die Vorsitzende der gleichnamigen neuen deutschen Partei, in einem Interview mit der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung». «Aber wenn einer sagt, er wolle verhandeln, warum versuchen wir dann nicht, genau das zu tun?» Ein Kompromiss wäre möglich, die Menschen in der Ostukraine könnten doch einfach über ihre Zukunft abstimmen.

Es gab ein goldenes Zeitalter für Putin, als sich seine Manipulationstechniken noch nicht auf die europäischen Parteien am ganz rechten und linken Rand des politischen Spektrums konzentrieren mussten. In Gerhard Schröder fand er einen aufrichtigen Vertrauten, der ihm sogar nach dem Überfall auf die Ukraine noch die Nibelungentreue hielt.

Der mittlerweile verstorbene Silvio Berlusconi und Putin verbrachten zusammen Ferien auf Sardinien und im Altai-Gebirge. Zwar zeigte sich Berlusconi nach dem 24. Februar 2022 enttäuscht über Putin, machte aber bald Selenski für die Eskalation des Kriegs verantwortlich. Putin schickte dem Cavaliere zum 86. Geburtstag eine Kiste Wodka. Berlusconi freute sich über das Geschenk und den «sehr süssen» Begleitbrief, in dem ihn Putin zu seinen besten fünf Freunden zählte.

François Fillon wäre der Wunschkandidat des Kremls bei den französischen Präsidentschaftswahlen von 2017 gewesen. Damals verbreiteten russische Propagandakanäle das Gerücht, Macron sei homosexuell. Allerdings stolperte Fillon über die Scheinbeschäftigung seiner Ehefrau und schied in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl aus. Wie Schröder erhielt auch Fillon später lukrative russische Aufsichtsratsmandate, von denen er allerdings nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zurücktrat.

Die Gründe für die Russophilie dieser europäischen Regierungschefs in den nuller und zehner Jahren dieses Jahrhunderts sind durchaus unterschiedlich: Schröder agierte vor dem Hintergrund eines in der deutschen Sozialdemokratie weitverbreiteten Antiamerikanismus, Berlusconi gefielen die Macho-Allüren des Kremlchefs, Fillon stand in der Tradition von General de Gaulle, der den europäischen Nachbarn im Osten als wertvolles Gegengewicht zu den USA wahrnahm.

Antiliberalismus und Anti-LGBT

Vorbei ist die Zeit, als für Putin in den europäischen Hauptstädten der rote Teppich ausgerollt wurde. Es gibt keine rauschenden Empfänge mehr, selbst Viktor Orban, Putins letzter Partner auf Regierungsebene in der EU, knickte ein und akzeptierte die massive Finanzhilfe der EU für die Ukraine.

Umso energischer versuchen die russischen Polittechnologen nun, Kreml-freundliche politische Kräfte in Europa zu stärken. Die staatlichen Influencer sind nicht wählerisch, wenn es um die Ideologie geht. Das Vorgehen ist immer gleich: Man identifiziert Gemeinsamkeiten mit dem anvisierten Partner und kümmert sich nicht um den Rest. Das Ziel besteht darin, die europäischen Gesellschaften zu spalten. Damit will der Kreml zugleich seine Generalthese beweisen, dass sich der Westen im Niedergang befindet.

Schädlich ist aus russischer Sicht vor allem der Liberalismus, der die nationale Gemeinschaft atomisiere und einen wirtschaftlichen Egoismus predige. Putin versteht das «gesunde» Russland als Gegengewicht zum dekadenten «Gayropa», das in Woke-Wahn und Gender-Gaga versinke.

Sogar die Annexion von vier ukrainischen Gebieten im September 2022 feierte der russische Präsident als Verteidigung wahrer Kulturwerte: «Wollen wir wirklich, dass wir hier in unserem Land, in Russland, anstelle von Mama und Papa Elternteil eins, zwei oder drei haben – sind wir verrückt geworden? Wollen wir wirklich, dass den Kindern schon in der Primarschule Perversionen aufgedrängt wer-



Weit weg von «Gayropa»: Der russische Präsident Wladimir Putin im August 2017 in einem See in Tuwa. Putin liess sich in dem abgelegenen Gebiet in S

den, die zu Entartung und Aussterben führen? Damit ihnen eingetrichtert wird, dass es neben Frauen und Männern angeblich noch andere Geschlechter gibt, und ihnen eine Geschlechtsumwandlung angeboten wird? Für uns ist das alles unannehmbar, wir haben eine andere, unsere eigene Zukunft.»

Schliesslich verstieg sich Putin zu der These, dass die «Diktatur der westlichen Eliten» die Züge einer «umgekehrten Religion», eines «offenen Satanismus» angenommen habe. Der Kreuzzug gegen diesen angeblich brandgefährlichen Feind hat in Russland mittlerweile absurde Dimensionen erreicht. Im November 2023 wurde die «internationale LGBT-Bewegung» zu einer extremistischen Organisation erklärt und verboten, obwohl es eine solche Vereinigung gar nicht gibt.

Putins anti-woke Ideologie und sein Macho-Gehabe kommen heute in Europa vor allem bei Politikern am äussersten rechten und linken Rand an.

Heilige Allianz der FPÖ

In Österreich hat vor allem die rechtspopulistische FPÖ kaum Berührungsängste gegenüber dem Kreml. 2016 schloss die Partei sogar einen «Freundschaftsvertrag» mit der Regierungspartei Einiges Russland.

Die FPÖ nominierte 2017 Karin Kneissl als Aussenministerin. Unvergessen ist die Szene, als Putin 2018 als Überraschungsgast auf Kneissls Hochzeit auftauchte, einen Don-Kosaken-Chor auftreten liess und mit ihr einen Walzer tanzte. Eine fatale Signalwirkung ging von dem Knicks aus, den die österreichische Aussenministerin vor dem

russischen Präsidenten machte. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Regierungskabinett war Kneissl für den Propagandasender Russia Today (RT) tätig. Seit vergangenem Jahr lebt sie in Russland. Der ehemalige Vizerektor und FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache warb für eine neue Heilige Allianz zwischen Österreich und Russland. Bis heute setzt sich die FPÖ – in Umfragen mittlerweile die stärkste politische Kraft im Land – für eine Beendigung der Russland-Sanktionen ein.

Marine Le Pens Russophilie

Das Verhältnis des Rassemblement national (vor 2018: Front national) zum Kreml war über die Jahre von gegenseitiger Distanznahme und Annäherung geprägt. Bald schien es Putin, dass prominentere und potentere Politiker als Marine Le Pen die russische Aufmerksamkeit verdienen, bald versuchte Le Pen den für sie schädlichen Eindruck einer allzu starken Einflussnahme Moskaus zu zerstreuen.

Als sie 2012 zum ersten Mal bei den französischen Präsidentschaftswahlen antrat, veröffentlichte Le Pen ein aussenpolitisches Elf-Punkte-Programm. Fünf der elf Punkte betrafen Russland. Unter anderem forderte Le Pen den Nato-Austritt Frankreichs und eine trilaterale antiamerikanische Allianz Paris-Berlin-Moskau. Le Pen verwandelte ihren Kuschelkurs mit Moskau auch bald in bare Münze. 2014 erhielt der Front national einen Kredit von 9 Millionen Euro von einer russischen Bank. Bis heute weigert sich Le Pen, von einer Annexion der Krim zu sprechen. Aus

ihrer Sicht ist die Krim russisch und war schon immer russisch. Im Einklang mit der Kreml-Propaganda hält sie die Euromaidan-Revolution in Kiew 2014 für einen Staatsstreich und sieht die Ukraine innerhalb der russischen Einflussosphäre.

Bei ihrem zweiten Anlauf auf den Élysée-Palast 2017 wurde Le Pen in Moskau von Putin empfangen. Fünf Jahre später, bei der Stichwahl um das Präsidentenamt im April 2022 – zwei Monate nach Kriegsbeginn –, haben die Verbindungen nach Russland sie jedoch möglicherweise den Sieg gekostet. Fest steht, dass Le Pen auch Putins Wunschkandidatin bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2027 wird.

Am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums zeigte Jean-Luc Mélenchon eine fatale Nähe zu Putin. Für die Annexion der Krim äusserte er Verständnis («Die Russen schützen sich vor einem abenteuerlichen Putschistenregime, in dem die Neonazis einen abscheulichen Einfluss ausüben»). Bis unmittelbar vor dem offenen Überfall auf die Ukraine rechtfertigte er die russischen Drohgebärden. Mélenchons russische Sympathien gehen letztlich auf eine französische Sowjetromantik zurück, die etwa auch Jean-Paul Sartre lange Zeit beseelte und ihn sogar zum Verzicht auf den Literaturnobelpreis bewegte.

Ideologische Wahlheimat Italien

Unter den italienischen Rechtspolitikern ist zweifellos Matteo Salvini von der Lega der grösste Putin-Fan. Kurz nach der Krim-Anne-

verloren. Doch warum mangelt es Putin im
der Bevölkerung? **Von Ulrich M. Schmid**



ibirien häufiger bei sportlichen Aktivitäten fotografieren.

xion organisierte die russische Botschaft in Rom für ihn eine Reise nach Moskau und auf die Krim. 2015 trug Salvini während einer Sitzung des Europaparlaments ein Putin-T-Shirt, einen ähnlichen Auftritt wiederholte er 2017 auf dem Roten Platz in Moskau.

Salvini, heute Minister für Infrastruktur, wettete gegen die europäische Sanktionspolitik und wies auf die schädliche Wirkung der russischen Gegensanktionen im Agrarbereich hin. «Nur Verrückte, Brüssel und Rom» könnten solche Strafmassnahmen beschliessen, lamentierte er seinerzeit auf Facebook.

Wie in Österreich und Frankreich stand auch für die Lega eine verdeckte Parteifinanzierung auf der Tagesordnung. 2019 bemühte sich ein Vertrauter von Salvini in Moskau um einen zweistelligen Millionenbeitrag, der hinter einem Ölgeschäft in die Parteikasse geflossen wäre. Der Deal flog allerdings auf und beschäftigte anschliessend die Mailänder Justiz. Seit dem Wahldebakel der Lega im Herbst 2022 ist Salvinis politischer Einfluss deutlich zurückgegangen. Dafür halten sich nach wie vor italienische Websites, die vom Kreml inspirierte Desinformationen streuen.

Rechtsradikale russische Denker wie Alexander Dugin haben in Italien eine ideologische Wahlheimat gefunden. Dugin bezieht sich in seinen geopolitischen Theorien immer wieder auf den faschistischen italienischen Philosophen Julius Evola, der eine esoterisch eingefärbte Modernekritik formulierte und für eine politische Aristokratie eintrat. Dugin selbst behauptet, Russland müsse als antiliberal, konservative Macht den eurasischen Kontinent dominieren. Bereits 1990 knüpfte Dugin Kontakt zu Claudio Mutti, einem Gymnasial-

lehrer für alte Sprachen in Parma, der einen neofaschistischen Verlag betrieb. Zusammen schufen sie ein Netzwerk mit engen Verbindungen zur Lega.

Deutsche Wahlverwandtschaften

Bereits seit der Gründung im Jahr 2013 war die Alternative für Deutschland (AfD) aus Moskauer Sicht ein natürlicher Verbündeter. Europaskepsis, Nationalismus und konservative Familienpolitik passen perfekt in das Beuteschema des Kremls. Umgekehrt hatte das Gründungsmitglied Alexander Gauland bereits 2013 in einem aussenpolitischen Grundsatzpapier unter Berufung auf Bismarck eine Annäherung Deutschlands an Russland empfohlen. Im Ukraine-Krieg fordert die AfD ein Ende der westlichen Sanktionen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Russland.

Der Chefideologe der AfD, Björn Höcke, lobte kürzlich Tucker Carlson für sein Putin-Interview über den grünen Klee. Besonders beeindruckt zeigte sich der ehemalige Gymnasiallehrer von Putins wirren und fehlerhaften Ausführungen über die angeblich tausendjährige russische Geschichte: «Ich kenne keinen deutschen Spitzenpolitiker der Gegenwart, der in ähnlich umfassender Art und Weise zur deutschen Geschichte ausführen könnte. Insofern entstellt Putin den Bildungsverfall der deutschen politischen Führung indirekt zur Kenntlichkeit.»

In Deutschland hegt allerdings nicht nur die rechtsextreme AfD Sympathien für den

Kreml, sondern auch die Linke und eben Sahara Wagenknecht, die sich kürzlich mit einer eigenen Organisation abgespalten hat.

Man muss allerdings nicht bis ganz an den linken Rand des politischen Spektrums gehen, um Aufrufe zu Friedensverhandlungen mit Putin zu finden. Auch Rolf Mützenich, Fraktionschef der SPD im deutschen Bundestag, kritisierte zwar den russischen Überfall, äuserte aber Verständnis für die Einschätzung des Kremls, dass die Nato eine Bedrohung Russlands darstelle.

Schweizer Querschläger

In der Schweiz gibt es keine nennenswerte politische Kraft, die enge Verbindungen zu Russland unterhält. Allerdings legen einige Querschläger in der SVP eine seltsame Faszination für den Diktator im Kreml an den Tag. Oskar Freysinger, damals amtierender Walliser Bildungs- und Sicherheitsdirektor, zeigte sich 2016 mit dem nationalistischen Georgsbändchen, dem Erkennungszeichen der Unterstützer der Krim-Annexion, auf dem Roten Platz in Moskau. In einem Interview mit dem Propagandaportal «Sputnik» behauptete er, die EU sei eine Art «Soft-Sowjetunion ohne Gulag». Im Westen entstehe ein sanfter Totalitarismus, während in Russland ein Imperium der Freiheit geschaffen werde.

Wer glaubt, dass man solch blanken Unsinn nicht überbieten kann, liegt falsch. Der ehemalige SVP-Nationalrat und «Weltwoche»-Chef Roger Köppel besuchte im April 2023 Moskau, um sich selbst ein Bild der Lage zu machen. Er bewunderte die «heroische Gelassenheit» der Russen angesichts einer «Wutwelle geballter Feindseligkeit aus dem Westen», stellte darüber hinaus aber kaum kritische Fragen – weder seinen Interviewpartnern noch sich selbst.

Am 24. Februar 2022, also just am Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine, war auf dem Titelblatt ein Konterfei von Putin, «dem Missverstandenen», zu sehen. Die Titelseite stammte von Thomas Fasbender, der zuvor für den russischen Propagandasender RT tätig war.

Vergangene Woche am Donnerstag war wieder Putin, «der Missverstandene», auf dem Titelblatt zu sehen; am folgenden Tag wurde der Tod von Putins Gegner Alexei Nawalny in einem Straflager bekannt und löste international Empörung aus. Immerhin ein treuer «Weltwoche»-Fan wird sich gefreut haben. Sergei Garmonin, der russische Botschafter in der Schweiz, hatte bereits vor zwei Wochen in einem Interview über die grassierende «Russophobie» der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Aargauer Zeitung» und des «Blicks» geklagt. Nur ein Schweizer Medium berichte objektiv – die «Weltwoche».

Das Doppelspiel des Kremls

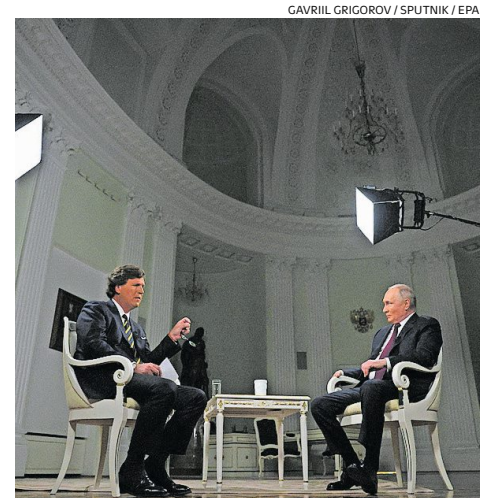
Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist Putin zwar bei vielen seiner europäischen Anhänger toxisch geworden. Den Exponenten der europäischen Rechts- und Linksparteien ist klar, dass sich eine zu grosse Nähe zu Russland negativ auf die Unterstützung durch das eigene Elektorat auswirkt.

Ein zentraler Angriffspunkt des Kremls ist zudem gescheitert: Die negativen Folgen des Brexits für Grossbritannien haben auch die Europafeindlichkeit der Rechtsparteien abgeschwächt. Beim Rassemblement national und bei der AfD ist keine Rede mehr von einem Frexit/Dexit, die FPÖ bekennt sich offen zum «europäischen Vertragswerk», und im italienischen rechten Lager dominiert Giorgia Meloni, die eine herzliche persönliche Freundschaft zur Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen pflegt.

Doch sonst bleiben die inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit den Moskauer Positionen bestehen. Die konservativen Werte, die autoritäre politische Struktur und das Betonen der nationalen Souveränität werden weiterhin die Agenden der populistischen Parteien in Europa bestimmen. Und Kriegsmüdigkeit und die Furcht vor weiteren Teuerungswellen spielen den Putin-Freunden in Europa in die Hände. Sie werden dem Ruf nach Verhandlungen mit dem Kremlherrscher Auftrieb geben.

Putin-Freunde

Mit Knicks, Charme und T-Shirt



Der russische Präsident Wladimir Putin gibt dem amerikanischen Fernsehmoderator Tucker Carlson ein Interview. (9. 2. 2024)



Wladimir Putin empfing die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen vier Wochen vor dem ersten Wahlgang im Kreml. (24. 3. 2017)



Als Europaabgeordneter der Lega sass Matteo Salvini einmal mit einem T-Shirt im Parlament, das Wladimir Putin in Militäruniform zeigte. (25. 11. 2015)



Die österreichische Aussenministerin Karin Kneissl machte bei ihrer Hochzeit einen Knicks vor Wladimir Putin. (18. 8. 2018)